

Konjunkturreinbruch droht – Europa braucht einen Kurswechsel



Die Weltwirtschaft befindet sich am Rande einer Rezession. Verantwortlich dafür ist die sehr schwache gesamtwirtschaftliche Nachfrage in der EU und den USA. Das europäische Krisenmanagement aus Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen sowie Steuer- und Abgabenerhöhungen verlängert die ökonomische Talfahrt. Die USA weisen zwar dank massiver Geldspritzen der amerikanischen Zentralbank Fed in die Wirtschaft ein höheres Wachstum und bessere Arbeitsmarktdaten als Europa auf, sind aber weit davon entfernt, die Rolle der Lokomotive für den Rest der Weltwirtschaft zu spielen.

Doch damit nicht genug: Die ungelösten Probleme der Staatsfinanzen in der Eurozone, die ungelösten Probleme des Bankensektors, die nach wie vor weltweit unregulierten Finanzmärkte und nicht zuletzt die Legitimationskrise der herrschenden Politik in Europa befeuern die rezessiven Tendenzen zusätzlich. Alle diese Krisen beeinflussen sich wechselseitig, ziehen sich gegenseitig in ihren Sog und beschleunigen die Abwärtsdynamik, die auch die Wirtschaftsinstitute überrascht. Sie korrigieren ihre Wachstumsprognosen immer weiter nach unten.

Wenn sich die Vorhersagen erfüllen und nicht energisch gegengesteuert wird, ist ein weltweiter Anstieg der Arbeitslosigkeit vorprogrammiert. Einen Vorgeschmack gibt die Situation in einigen EU-Krisenländern, wo die Arbeitslosigkeit bereits auf 25 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit auf mehr als 50 Prozent angestiegen ist. Die staatliche Kürzungspolitik, die in allen europäischen Staaten und auch in anderen großen Volkswirtschaften derzeit parallel vorangetrieben wird, drückt die weltweite Nachfrage. Das trifft exportorientierte Schwellenländer und beeinflusst letztendlich auch die deutsche Konjunktur negativ. Europa befindet sich in einer Rezessionsfalle und wird zur Wachstumsbremse statt zur Lokomotive für die Weltwirtschaft. Es ist höchste Zeit umzusteuern und die kontraproduktive Kürzungspolitik durch eine expansive Strategie aus langfristig angelegten Zukunftsinvestitionen und kurzfristigen Konjunktur stabilisierenden Maßnahmen zu ersetzen.



Die politischen Institutionen und die Wirtschaftsinstitute müssen ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum 2012 und 2013 nach unten korrigieren, wie *Tabelle 1* beispielhaft für den Internationalen Währungsfonds (IWF), und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt.

Für die Weltwirtschaft werden nur noch Wachstumsraten von 3,2 Prozent im laufenden und 3,6 Prozent im kommenden Jahr vorausgesagt. Gegenüber 2010 verliert die Weltwirtschaft damit satte zwei Prozentpunkte an Dynamik. Eine solche –vergleichsweise geringe – Steigerung der Welt-

produktion kann unter gegebenen Bedingungen nicht ausreichend für Arbeit und Einkommen vor allem in den bevölkerungsreichen Entwicklungs- und Schwellenländern sorgen.

Tabelle 1: Wachstumsprognosen

-aktuelle Prognosen in Prozent und Veränderung zur vorherigen Prognose in %-Punkten-

	IWF				DIW			
	Aktuelle Prognose		Veränderung zur letzten Prognose		Aktuelle Prognose		Veränderung zur letzten Prognose	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Welt	3,3%	3,6%	-0,2	-0,3	3,2%	3,6%	-0,3	-0,1
Eurozone	-0,4%	0,2%	-0,1	-0,5	-0,4%	0,3%	0,0	-0,3
Deutschland	0,9%	0,9%	0,0	-0,5	0,9%	1,6%	-0,1	-0,3
Frankreich	0,1%	0,4%	-0,2	-0,5	0,2%	0,2%	x	x
Italien	-2,3%	-0,7%	-0,4	-0,4	-2,4%	-0,3%	x	x
Spanien	-1,5%	-1,3%	-0,1	-0,7	-1,3%	-2,2%	x	x
MOE*	2,0%	2,6%	0,1	-0,2	3,5%	3,6%	x	x
USA	2,2%	2,1%	0,1	-0,1	2,2%	1,6%	0,3	0,0
China	7,8%	8,2%	-0,2	-0,2	7,3%	7,9%	-0,6	-0,1
Japan	2,2%	1,2%	-0,2	-0,3	2,7%	1,1%	0,1	-0,1

* Mittelosteuropa

USA vor der „fiskalischen Klippe“

Eine Gefahr geht von der Entwicklung in den USA aus, wo Ausgabenkürzungen weiter die Erholung der Binnennachfrage und der Konjunktur belasten. Außerdem drohen ab 2013 die schädlichen Auswirkungen der US-amerikanischen Variante der Schuldenbremse: Die oft als „fiskalische Klippe“ („fiscal cliff“) bezeichnete Situation tritt ein, wenn auslaufende gesetzliche Programme nicht verlängert werden, was ab Januar automatische öffentliche Ausgabenkürzungen und Steuererhöhun-

gen in Höhe von mehr als 600 Milliarden Dollar zur Folge haben könnte. Dieser abrupte gigantische Nachfrageentzug hätte massive negative Auswirkungen auf die US- und die Weltkonjunktur.

Europa in der Rezessionsfalle

Vergleicht man die Wachstumsprognosen für die wichtigsten Weltregionen, stellt man allerdings fest, dass derzeit die größten Probleme in Europa zu finden sind. Die Europäische Kommission geht von einem EU-weiten Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,3 Prozent im Jahr 2012 aus, die Wirtschaftsleistung der Eurozone wird sogar um 0,4 Prozent zurückgehen. Die USA werden laut IWF voraussichtlich noch um 2,2 Prozent wachsen und Japan – vor allem wegen des Wiederaufbaus nach der Fukushima-Katastrophe – ebenfalls mit rund 2,2 Prozent. Chinas Wirtschaft wird 2012 um voraussichtlich 7,8 Prozent zulegen, für Indien sagt der IWF ein Wachstum von 4,9 Prozent, für Brasilien von 1,5 Prozent und für Russland von 3,7 Prozent voraus.

Sieht man von Japan und den USA ab, schwächte sich das Wachstum 2012 gegenüber 2011 in praktisch allen Weltregionen ab. Diese Abkühlung der Weltwirtschaft ist hauptsächlich auf die Rezession in Europa zurückzuführen, die mit sinkenden Inflationsraten und wachsender Arbeitslosigkeit einhergeht, wie *Tabelle 2* zeigt.

Die Preissteigerung in der Eurozone geht 2012 gegenüber 2011 um 0,2 Prozentpunkte auf 2,5 Prozent zurück – trotz weiter steigender Energiepreise. Im kommenden Jahr wird sie auf 1,8 Prozent fallen. Nach Projektionen der EU-Kommission wird die Inflationsrate 2014 in fast allen Ländern der Eurozone unterhalb der angestrebten Zielmarke von knapp unter 2 Prozent liegen. In Griechenland wird bereits im kommenden Jahr eine Verbraucherpreisdeflation erwartet – die Preise sinken hier deutlich. Deflation mit sinkenden Preisen macht Investitionen und Wachstum noch unwahrscheinlicher.

Die Arbeitslosigkeit wird in der Eurozone im laufenden Jahr auf 11,3 Prozent steigen und 2013 den Rekordwert von 11,8 Prozent erreichen. Am dramatischsten ist die Lage in Spanien und Griechenland, wo jeder vierte Erwachsene und jeder zweite Jugendliche arbeitslos ist. In Griechenland ist die Jugendarbeitslosigkeit nach neusten offiziellen Zahlen bereits auf 58 Prozent gestiegen.

Tabelle 2: Inflation und Arbeitslosigkeit in Europa

Werte und Prognosen der EU-Kommission

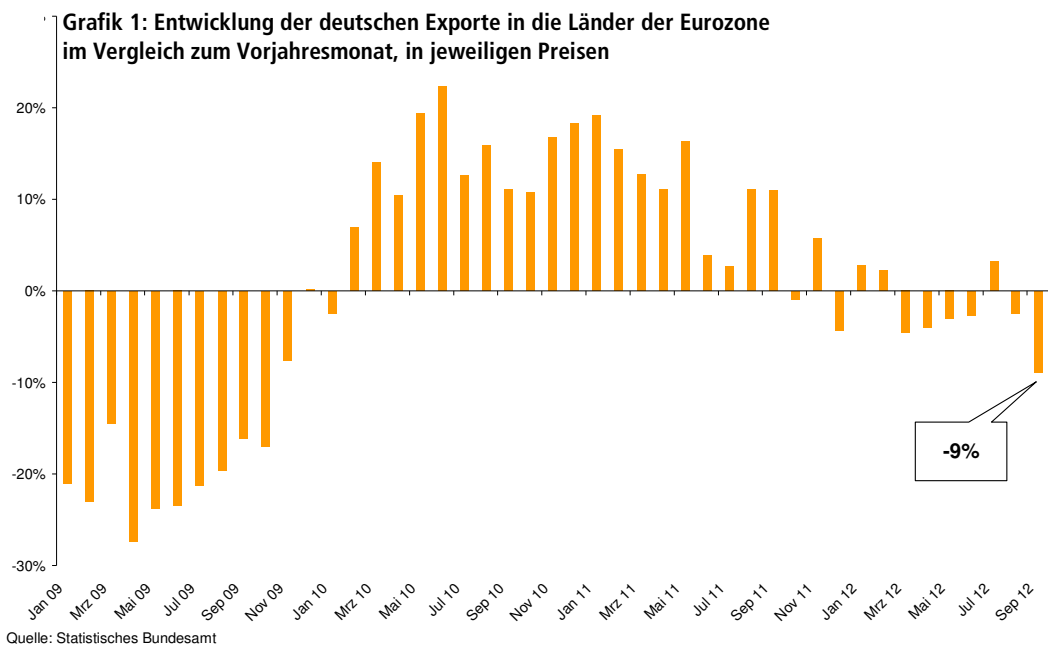
	Inflation				Arbeitslosenquote			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
EU	3,1%	2,7%	2,0%	1,8%	9,7%	10,5%	10,9%	10,7%
UK	4,5%	2,7%	2,1%	1,9%	8,0%	7,9%	8,0%	7,8%
Mitteuropa*	3,7%	3,7%	2,8%	2,5%	11,7%	11,1%	11,0%	10,4%
Eurozone	2,7%	2,5%	1,8%	1,6%	10,1%	11,3%	11,8%	11,7%
Deutschland	2,5%	2,1%	1,9%	1,8%	5,9%	5,5%	5,6%	5,5%
Frankreich	2,3%	2,3%	1,7%	1,7%	9,6%	10,2%	10,7%	10,7%
Italien	2,9%	3,3%	2,0%	1,7%	8,4%	10,6%	11,5%	11,8%
Spanien	3,1%	2,5%	2,1%	1,3%	21,7%	25,1%	26,6%	26,1%
Griechenland	3,1%	1,1%	-0,8%	-0,4%	17,7%	23,6%	24,0%	22,2%
USA	3,2%	2,1%	2,0%	2,1%	8,9%	8,2%	7,9%	7,5%
Japan	-0,3%	-0,2%	-0,1%	0,2%	4,6%	4,8%	4,7%	4,6%

*Durchschnittswert der Mitteleuropäischen Länder inkl. Baltikum

Auch die Deutsche Konjunktur ist bedroht

Auch Deutschland ist mittlerweile vom Konjunkturinbruch betroffen: Im September 2012 wurden nominal 3,4 Prozent weniger Güter aus Deutschland exportiert, als noch im Vorjahr. Das ist der größte Exportrückgang seit dem Krisenjahr 2009. Verantwortlich ist die sinkende Nachfrage aus den europäischen Nachbarländern. Gegenüber September 2011 sanken die Exporte in die EU um 7,0 Prozent, in die Länder der Eurozone wurden 9,1 Prozent weniger Waren geliefert (vgl. *Grafik 1*). Die Exporte in den Rest der Welt nahmen hingegen immerhin noch um 1,8 Prozent zu.

Der Exportrückgang zeigt sich auch in den Auftragsbüchern der Unternehmen: Die Aufträge an die deutsche Industrie gehen seit Ende 2011 Monat für Monat im Vergleich zum jeweiligen Vorjahreszeitraum zurück. Im September 2012 lag der entsprechende Auftragsindex 10,2 Prozent unter dem Wert von September 2011.



Gleichzeitig ist es der deutschen Politik immer noch nicht gelungen, ein von der Binnennachfrage getriebenes Wachstum zu fördern: Die Wachstumsraten des privaten Konsums stagnieren nach wie vor auf niedrigem Niveau, die Staatsausgaben ebenfalls. Die Investitionen gehen – trotz extrem niedriger Zinsen – sogar zurück, wie *Tabelle 3* zeigt.

Tabelle 3: Wachstumskomponenten in Deutschland*Veränderung zum Vorjahr in Prozent, Quelle: Statistisches Bundesamt*

Jahr, Quartal	BIP	Privater Konsum	Staatlicher Konsum	Investitionen	Exporte	Importe	
2012	II	0,5%	0,8%	1,1%	-6,8%	4,7%	2,9%
	I	1,7%	1,7%	1,5%	0,3%	4,1%	3,8%
2011	IV	1,4%	0,9%	1,3%	5,4%	3,9%	5,1%
	III	2,6%	2,1%	0,9%	5,8%	7,3%	7,9%
	II	3,1%	1,8%	1,8%	6,9%	6,7%	6,5%
	I	5,2%	2,1%	-0,1%	10,9%	13,9%	10,6%
2010	IV	4,2%	2,0%	1,2%	13,0%	13,4%	13,3%
	III	4,5%	1,5%	1,5%	9,2%	14,4%	11,3%
	II	5,0%	0,2%	1,2%	21,0%	17,7%	16,0%
	I	2,8%	0,1%	2,9%	-1,6%	9,4%	3,9%

Angesichts der nach wie vor schwächelnden deutschen Binnennachfrage und der sich eintrübenden Situation an den Exportmärkten, fallen auch die Wachstumsprognosen für Deutschland immer niedriger aus, wie *Tabelle 4* zeigt.

Tabelle 4: Prognosen für das Wirtschaftswachstum 2012/2013 in Deutschland

Institution	2012	2013	Veröffentlicht am
OECD	1,2%	2,0%	01.05.2012
Bundesbank	1,0%	1,6%	01.06.2012
KfW	1,0%	1,5%	01.08.2012
RWI	0,8%	1,0%	12.09.2012
Bundesregierung	0,7%	k.A.	18.09.2012
Institut der deutschen Wirtschaft	1,0%	0,7%	18.09.2012
DIW	0,9%	1,6%	02.10.2012
IMK	0,6%	0,4%	04.10.2012
IWF	0,9%	0,9%	09.10.2012
Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute	0,8%	1,0%	11.10.2012
Jahresgutachten Sachverständigenrat	0,8%	0,8%	07.11.2012
EU-Kommission	0,8%	0,8%	07.11.2012

Verfehlte EU-Krisenpolitik trägt Hauptverantwortung

Die Hauptverantwortung für die schlechten Aussichten für Konjunktur und Arbeitsmarkt trägt die Anti-Krisen-Politik in Europa. Die so genannte Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) setzt – unterstützt durch die deutsche Bundesregierung und andere – auf einen einseitigen Kurs, der im Wesentlichen aus zwei Ansätzen besteht:

- Staaten sollen ihre öffentlichen Ausgaben kürzen, um die Staatsverschuldung und das öffentliche Haushaltsdefizit gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu senken.
- Staaten sollen die Lohnkosten und die so genannten Lohnnebenkosten senken, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Beide Ansätze wurden den Krisenstaaten entweder direkt verordnet (durch Auflagen, die zu erfüllen sind um Hilfskredite aus den „Rettungsfonds“ zu erhalten), oder sie wurden durch Regierungsabkommen („Euro Plus Pakt“, „Fiskalpakt“) und durch europäische Gesetze und Verfahren (Europäisches Semester, Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Mechanismus gegen Makroökonomische Ungleichgewichte...) verbindlich für praktisch alle Staaten der Eurozone oder der EU festgeschrieben. Diese Politik ist gescheitert.

Ausgabenkürzungen steigern die Schuldenquote

Verschiedene Mechanismen führen dazu, dass die radikalen Ausgabenkürzungen eher zu höheren Schuldenquoten führen, als zu niedrigeren: Zum einen senken die Sparmaßnahmen direkt das Wirtschaftswachstum – schließlich fallen dadurch massenhaft öffentliche Aufträge an Unternehmen weg, Staatsbedienstete haben weniger Geld in der Tasche und können ihrerseits weniger Güter und Dienstleistungen nachfragen. Das zieht niedrigere Investitionen und letztendlich ein geringeres Wachstum nach sich. Da die Schulden- und die Defizitquote den Anteil der Schulden und Staatsdefizite am BIP bezeichnen, führt ein sinkendes BIP automatisch zu einer höheren Schuldenquote – auch wenn sich Defizite und Schuldenstand nominal überhaupt nicht verändern. Denn der Nenner (BIP) sinkt schneller als der Zähler (Verschuldung), folglich steigt die Schuldenquote trotz Einsparungen.

Doch damit nicht genug: Der kürzungsbedingte Einbruch der Konjunktur führt natürlich zu sinkenden Steuereinnahmen und zu höheren Ausgaben für die Unterstützung von Arbeitslosen, was die Staatshaushalte ebenfalls belastet. Folglich verursacht die Senkung des Nenners (BIP) eine Steigerung des Zählers (Verschuldung) und dadurch eine noch höhere Schuldenquote. Außerdem konnte die bisherige Anti-Krisen-Politik die Zinsen für Staatsschulden der Krisenländer noch nicht nennenswert senken, was ebenfalls zum Schuldenwachstum beiträgt. In Griechenland wurde das erste Sparpaket beispielsweise 2010 geschnürt. Seitdem explodieren die Staatsschulden. Und die Schuldenquote wird nach IWF-Prognosen auch in den kommenden Jahren weiter wachsen.

Tabelle 5: Staatsschulden ausgewählter Länder*-in % des BIP, IWF-Prognosen-*

	2009	2010	2011	2012	2013
Griechenland	129%	145%	165%	171%	182%
Irland	65%	92%	106%	118%	119%
Italien	116%	119%	120%	126%	128%
Portugal	83%	93%	108%	119%	124%
Spanien	54%	61%	69%	91%	97%

Zumindest ein Teil der Troika – der IWF – hat mittlerweile zugegeben, die negative Wirkung der Ausgabenkürzungen auf die Konjunktur und damit letztendlich auf die Schuldenquoten unterschätzt zu haben. Zu einem notwendigen radikalen Strategiewechsel beim IWF oder gar bei der Troika insgesamt hat das leider nicht geführt.

Lohnkürzungen beschleunigen Europas Absturz

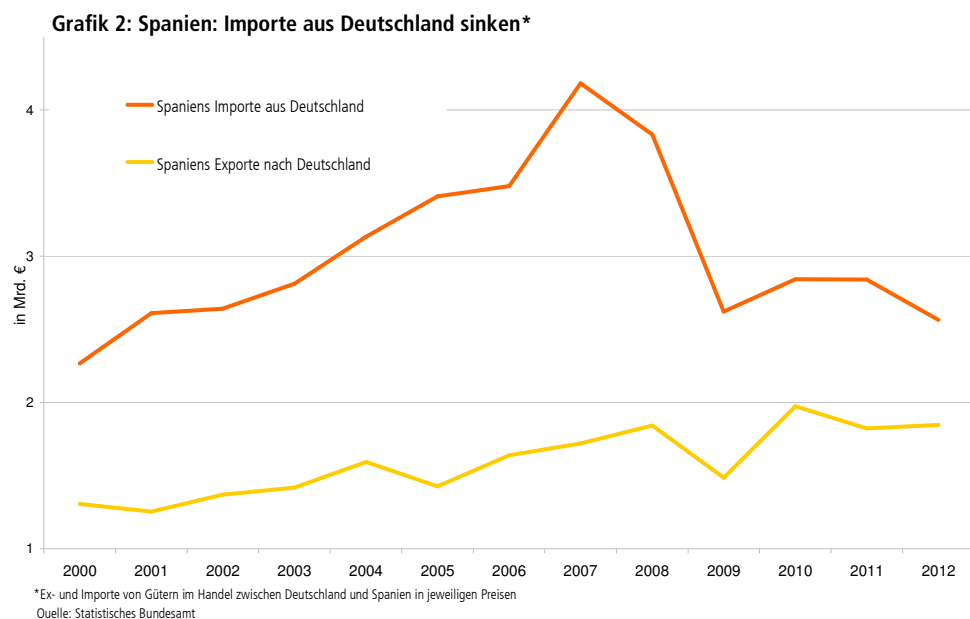
Auch der zweite Teil der offiziellen Anti-Krisen-Strategie muss zwangsläufig scheitern: Der in den Krisenländern eingeführte Druck auf die Löhne und die Senkung anderer Kosten für Unternehmen trägt nicht dazu bei, Wachstumskräfte in diesen Ländern zu stärken.

Die spanische Regierung beispielsweise hat die Löhne im öffentlichen Dienst Mitte 2010 um fünf Prozent gesenkt und seitdem eingefroren. Die Streichung des Weihnachtsgeldes kommt einer zusätzlichen Lohnkürzung um sieben Prozent gleich. Auch im Privatsektor wurden Beschäftigte und Gewerkschaften geschwächt. Arbeitgeber können nun ohne Probleme Arbeitsbedingungen verschlechtern, Arbeitszeiten ändern und Löhne kürzen. Ginge die Rechnung der Troika auf, müssten die spanischen Exportgüter billiger werden und der Export stärker als früher und stärker als anderswo steigen.

Tatsächlich sinken zwar die Lohnstückkosten kontinuierlich, die Preise für Exportgüter gehen aber nicht zurück. Die Einsparung bei den Lohnkosten fließt in die Gewinne. Es wird umverteilt – zu Gunsten von Unternehmen. Die spanischen Exporte steigen zwar, aber keineswegs schneller als vor der Krise. Vom 2. Quartal 2010 bis zum 2. Quartal 2012 war das Exportwachstum mit rund 10 Prozent genauso hoch, wie im entsprechenden Vorkrisen-Zeitraum von Mitte 2005 bis Mitte

2007. Die Reduktion der Kosten hat auch nicht dazu geführt, dass die Exporte schneller, als anderswo steigen: Während Spanien, wie erwähnt in den acht Quartalen bis Mitte 2012 rund 10 Prozent Exportwachstum verzeichnete, legten die deutschen Exporte im selben Zeitraum um fast 15 Prozent zu.

Zwar reduziert Spanien sein Handelsbilanzdefizit (Exporte minus Importe). Das geschieht aber vor allem, weil die Importe aus anderen Ländern sinken: Seit dem II. Quartal 2010 um 7,3 Prozent. Die Menschen haben weniger Geld, um einzukaufen. Der private Konsum geht zurück. Die Einzelhandelsumsätze sinken mittlerweile seit 27 Monaten – im September lagen sie real fast 13 Prozent unter dem Wert des Vorjahres. Der spanische Markt schrumpft. Die Unternehmen investieren nicht. Das trifft natürlich auch importierte Güter. Beispielsweise hat Spanien sein Handelsbilanzdefizit mit Deutschland zwar abgebaut – aber nicht durch steigende Exporte, sondern durch die krisen- und sparkursbedingte Reduzierung der Importe, wie Grafik 2 zeigt.



Die von EU-Kommission, EZB und IWF verordneten Maßnahmen verfehlen also ihre Wirkung. Sie bewirken lediglich, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Europa insgesamt schrumpft, die Rezession sich von den Krisen- auf die Kernländer der EU ausweitet und letztendlich auch die Weltwirtschaft ansteckt.

Der private Konsum in der Eurozone wird nach Prognosen des IWF 2012 um 1,1 Prozent und 2013 um weitere 0,3 Prozent zurückgehen. In diesem unsicheren und schrumpfenden Marktumfeld inves-

tieren auch die Unternehmen nicht. Die Bruttoanlageinvestitionen schrumpfen 2012 in der Eurozone um 3,1 Prozent und wachsen auch 2013 kaum (um 0,2 Prozent). Der öffentliche Konsum sinkt um 0,2 Prozent im laufenden und um 0,6 Prozent im kommenden Jahr und kann die Nachfragerlücke folglich ebenfalls nicht schließen. Die rückläufige Nachfrage beeinträchtigt schließlich auch den Außenhandel: Die Importe aus den anderen Weltregionen werden dieses Jahr um rund ein halbes Prozent zurückgehen (2011 waren sie noch um rund 4 Prozent gewachsen). Europa zieht mit der Austeritätspolitik also auch die anderen Weltregionen in Mitleidenschaft.

Die offizielle Anti-Krisen-Politik scheint die Ökonomien Europas und der Welt „gesundschrumpfen“ zu wollen. Diese Strategie ist aberwitzig. Sie mag dazu führen, dass sich Handelsbilanzungleichgewichte mittelfristig reduzieren – dass sich also die Höhe der Importe und der Exporte einzelner Länder angleichen. Als Weg dorthin wird allerdings ein sinkendes BIP, werden sinkender Wohlstand, steigende Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit gewählt.

Deutschland als Vorbild?

In den europäischen Nachbarländern wird Deutschland gerne als Vorbild in Sachen Austeritätspolitik dargestellt. „Reformen“ am Arbeitsmarkt, die Ausweitung des Niedriglohnsektors und eine insgesamt vergleichsweise niedrige Entwicklung der Lohnstückkosten hätten Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und die Exporte beflügelt, heißt es. Tatsächlich ist das deutsche Exportwachstum allerdings eher auf die spezialisierten Produkte vieler Unternehmen und auf deren Qualität zurückzuführen, als auf niedrige Kosten und Preise.

Die Arbeitsmarktreformen und der Druck auf das gesamtgesellschaftliche deutsche Lohnniveau haben allerdings dazu beigetragen, dass die Binnennachfrage in Deutschland seit Jahren stagniert, so dass das Wachstum immer mehr vom Außenhandel abhängig wurde. So lange die Handelspartner eine funktionierende Binnennachfrage hatten und entsprechend immer mehr Güter aus Deutschland nachfragten, funktionierte diese Art der Generierung von Wachstum noch.

Wenn das deutsche Modell jetzt aber auf die Nachbarländer übertragen und eventuell auch im Rest der Welt noch imitiert wird, sinkt die globale Nachfrage insgesamt, so dass Exporte nirgendwo mehr ausreichend Absatz finden. Das Modell, Wachstum durch ständig steigende Exportüberschüsse (also durch niedrige Importe bei hohen Exporten) zu generieren, kann über einen beschränkten Zeitraum für ein einzelnes Land noch funktionieren. Als zukunftsfähiges Konzept für eine ganze Weltregion funktioniert es nicht.



Anstatt zu versuchen, die europäischen Ökonomien „gesundzuschrumpfen“ muss der entgegengesetzte Weg eingeschlagen werden. Die Arbeitsmärkte müssen stabilisiert, die Nachfrage gestärkt und ausgeweitet werden. Dazu brauchen wir ein Ende der fatalen Sparauflagen für die Krisenländer, ein Ende der verfehlten EU-weiten Kürzungspolitik bei Löhnen und Sozialstandards und stattdessen massive Zukunftsinvestitionen. Auch der Blick in die Vergangenheit zeigt: Der Abbau der Staatsverschuldung ist niemals über Ausgabenkürzungen, sondern immer durch eine Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der Wirtschaftsleistung gelungen.

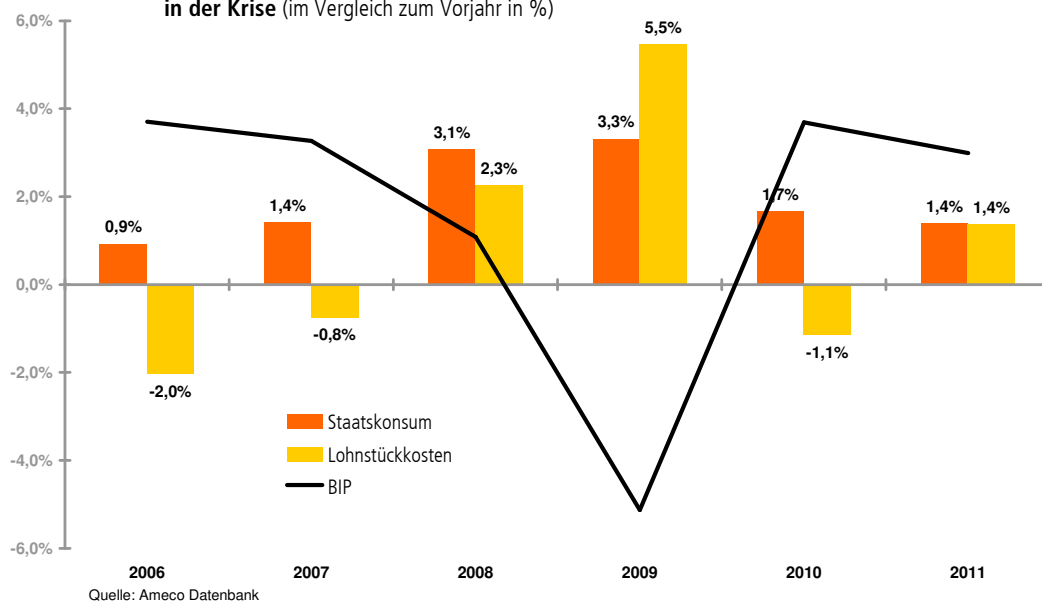
Deutschland als Vorbild!

Während von Seiten der Bundesregierung und der Troika gerne behauptet wird, Deutschland sei wegen seiner Sparsamkeit und einem geringen Wachstum der Lohnkosten gut über die Krise gekommen, ist in Wirklichkeit das Gegenteil der Fall. Aber in gewisser Weise kann die Entwicklung in Deutschland in den Krisenjahren 2008 und 2009 tatsächlich als Vorbild gesehen werden.

Denn die Bundesregierung verzichtete damals darauf, den Einbruch bei Exporten und beim Wirtschaftswachstum durch einen radikalen Sparkurs noch zu verstärken. Die Regierung gab Geld zur Konjunkturförderung aus und ließ die staatlichen Konsumausgaben mit 3,1 Prozent (2008) und 3,3 Prozent (2009) vergleichsweise schnell steigen. Auch danach wurde kein radikaler Sparkurs eingeschlagen!

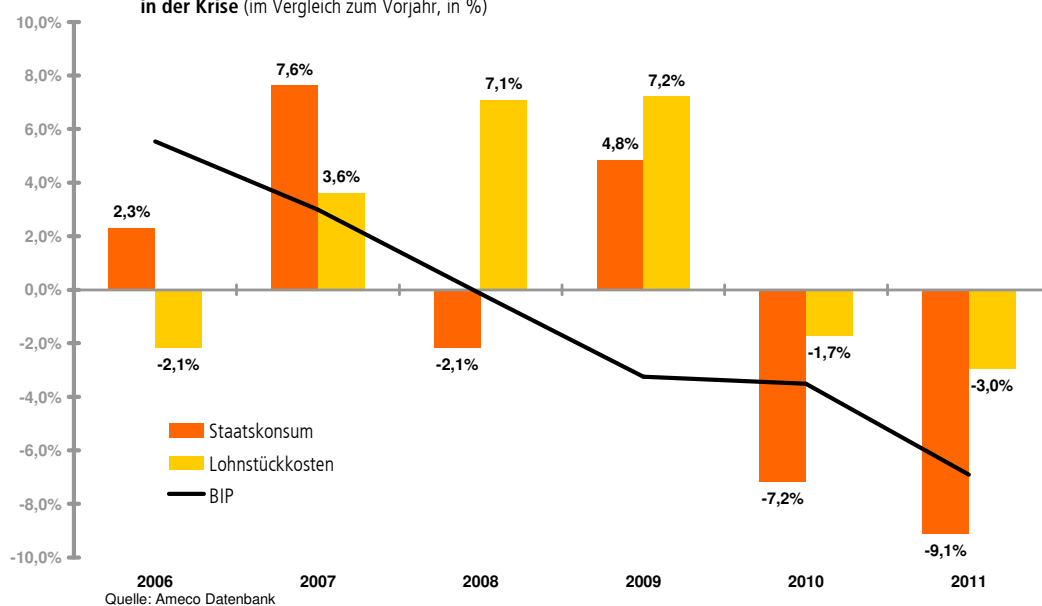
Gleichzeitig wurde insbesondere 2009 ein vergleichsweise starker Anstieg der Lohnstückkosten – also der an der Produktivität gemessenen Lohnkosten – zugelassen: Obwohl weniger produziert wurde, gab es keine Massenentlassungen, was die Produktivität verschlechterte und die Lohnstückkosten steigen ließ. Kurzarbeit wurde staatlich subventioniert. So konnten die Masseneinkommen und die private Nachfrage in der Krise zumindest einigermaßen konstant gehalten werden. Auch nach 2009 wurde in Deutschland kein radikaler Kürzungskurs eingeschlagen. *Grafik 3* zeigt die Entwicklung in Deutschland.

Grafik 3: Entwicklung der deutschen Lohnstückkosten und Staatsausgaben in der Krise (im Vergleich zum Vorjahr in %)



Während Griechenland 2009 den Konjunkturunbruch noch abfedern konnte, zeigt sich dort seitdem das gegenteilige Bild: Anstatt den Arbeitsmarkt und die Einkommen zu stabilisieren, werden immer mehr Menschen entlassen und Löhne gesenkt, anstatt die wegbrechende Nachfrage durch staatliche Konjunkturmaßnahmen zu stabilisieren, werden Ausgaben gekürzt. Entsprechend reißen sinkende Lohnstückkosten und Staatsausgaben die Wirtschaftsleistung mit in den Abgrund, wie *Grafik 4* zeigt.

Grafik 4: Entwicklung der griechischen Lohnstückkosten und Staatsausgaben in der Krise (im Vergleich zum Vorjahr, in %)



Wirtschaft und Arbeitsmarkt stabilisieren, Nachfrage stärken

An die deutschen Erfahrungen in den Krisenjahren 2008 und 2009 muss jetzt angeknüpft werden. Auch hierzulande bedarf es bereits jetzt Gegenmaßnahmen gegen einen drohenden Konjunkturreinbruch. Dazu gehört, dass die Kurzarbeits-Regelungen vorsorglich wieder entsprechend ausgeweitet werden. Dazu gehört aber auch, dass die deutsche Binnennachfrage gestärkt wird, was über höhere Importe auch den Rest Europas stabilisieren kann.

Zudem brauchen wir ein europäisch ausgelegtes, ambitioniertes Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm. Die Unternehmen und Markt-Akteure sind verunsichert und werden von sich aus kein gesamteuropäisches Wachstum initiieren. Hier ist die Politik gefordert, mit einem Mix aus institutionellen Maßnahmen, direkten öffentlichen Investitionen, Investitionszulagen für Unternehmen und die Konjunktur stabilisierenden Konsumanreizen die Wachstumsantriebe der Wirtschaft in Gang zu setzen. Denn nur mit langfristigen Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven kann Europa aus der Krise gestärkt herauskommen und seine Industrien und Dienstleistungen zukunftsfähig machen und zugleich für gesellschaftlich notwendige bildungs-, sozial- und klimapolitische Weichenstellungen sorgen.

In der gegenwärtigen Situation kann die notwendige Krisenbekämpfung mit einer langfristig angelegten energetischen und altersgerechten Grundsanierung der europäischen Volkswirtschaften kombiniert werden. Das eröffnet allen EU-Ländern, insbesondere den Krisenländern, eine Langfristperspektive. Der Handlungsbedarf ist immens - in den Bereichen der Energieerzeugung und Energieverbrauch, der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, beim Ausbau von Breitbandnetzen, der Förderung von altersgerechten Infrastrukturen und Wohnen, bei Investitionen in Bildung und Ausbildung sowie in Ressourcen schonende und energiearme Industrie sowie moderne öffentliche und private Dienstleistung.

Kurzum: Wir brauchen einen „Marshallplan für Europa“. Durch einen politisch initiierten und langfristig angelegten Wachstums- und Modernisierungspfad können unser Kontinent zukunftsfest gemacht und die Jobs des 21. Jahrhunderts gesichert werden. Europa muss von der Wachstumsbremse zur Wachstumslokomotive für den Rest der Welt werden – damit wäre auch dem globalen Abschwung begegnet.

Ein solches Aufbau- und Modernisierungsprogramm für Europa entspricht auch den langfristigen ökonomischen Interessen Deutschlands. Denn die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland hängt eng mit Erfolgen bei der Bekämpfung der Krise in Europa und dem Aufbau der leistungsschwachen Regionen der EU zusammen.